

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 46.

Charlottenburg, Freitag, den 12. November 1920.

Jahrg. 47.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1919.

Der im vorigen Jahre in Nürnberg abgehaltene 10. Deutsche Gewerkschaftskongress hat durch die Schaffung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den freien Gewerkschaften, die bis dahin ihre Spitze in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatten, ein festes organisatorisches Gefüge gegeben. Die neue Bezeichnung dieser Organisationsrichtung bedeutet keinen leeren Schall, sie entspricht vielmehr der lebendigsten Wirklichkeit, denn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vereint in sich die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands und ist zurzeit der stärkste Gewerkschaftsbund der Welt. Als auf der Tagung des Kongresses, im Juli 1919, die alte Gewerkschaftsvereinigung ihren neuen Namen erhielt, gehörten ihr 5,7 Millionen Mitglieder an, und diese Zahl wuchs bis zum Schlusse des Jahres auf 7,3 Millionen. Nunmehr veröffentlicht der Bundesvorstand in einer Beilage zu der Nr. 44 des „Korrespondenzblattes“ eine statistische Uebersicht über „Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1919“, die uns den gewaltigen Aufschwung, den die freien Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Revolution genommen, anschaulich vor Augen führt.

Im Jahre 1918 umfaßten die freien Gewerkschaften fünfzig Zentralverbände, die zusammen einen Bestand von 10365 Zweigvereinen hatten und im Jahresdurchschnitt 1664991 Mitglieder, darunter 422957 weibliche, zählten. Im Laufe des Berichtsjahres traten dem Bunde neu bei die Verbände der Film- und Kinoangehörigen, Hotelangestellten, Poliere und Schornsteinfeger. Die Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten schlossen sich mit dem Verbande der Versicherungsbeamten, der nicht der früheren Generalkommission angehörte, zu dem Verbande der Angestellten zusammen, und der Verband der Bildhauer ging zum Verband der Holzarbeiter über.

Es gehörten am Schlusse des Jahres 1919 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde 52 Zentralverbände an. Die Statistik erstreckt sich jedoch nur auf 51, da die Hotelangestellten keinen Bericht einsandten. Die an der Statistik beteiligten Verbände hatten einen Bestand von 23862 Zweigvereinen; er hat sich gegen die Vorkriegszeit nahezu verdoppelt und gegenüber dem Vorjahre um 13497 Zweigvereine erhöht. Der seit Ausbruch der Revolution erfolgte Massenzuwachs an Mitgliedern der freien Gewerkschaften wird durch die Quartalszahlen veranschaulicht. Es hatten die Verbände am Schlusse der angeführten Quartale Mitglieder:

		Im ganzen	Darvon weiblich
3. Quartal	1918	1 468 132	383 894
4. „	1918	2 866 012	666 392
1. „	1919	4 677 877	998 828
2. „	1919	5 779 291	1 255 232
3. „	1919	6 582 359	1 390 513
4. „	1919	7 338 132	1 612 636

Das Jahr 1919 schließt mit 7 338 132 Mitgliedern ab. Die Zunahme gegenüber der Schlußzahl des Vorjahres beträgt 4472 120. Der stärkste Andrang zu den Gewerkschaften erfolgte gegen Ende des Jahres 1918, gleich nach Ausbruch der Revolution, bis Mitte 1919, dann wurde die Zunahme geringer. Immerhin ist der Zuwachs an Mitgliedern auch im zweiten Halbjahr noch erheblich. Von 3. zum 4. Quartal 1919 erhöhte sich der Mitgliederbestand noch um 765 773.

Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1919 5 479 073 Mitglieder, darunter 1 192 767 weibliche. Gegenüber dem Vor-

jahre trat eine Vermehrung von 3 044 272 männlichen, 769 810 weiblichen, zusammen 3 814 082 Mitgliedern ein. Nicht erfreulich ist es, daß die Gewinnung der Frauen für die Gewerkschaft, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dem Organisationsgedanken schwerer zugänglich sind, nach der Revolution bessere Fortschritte gemacht hat, als es vor ihr der Fall war. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliederzahl betrug 1919: 21,8 v. H. gegen 8 v. H. im Jahre 1913.

Unter den Verbänden befinden sich 11, deren Mitgliederbestand überwiegend aus weiblichen Mitgliedern besteht, und zwar sind es die folgenden, denen die Gesamtzahl an erster Stelle und die der weiblichen Mitglieder an zweiter Stelle in Klammern beige-fügt ist: Angestellte (196 957, 107 796), Buchbinder (58 956, 40 609), Buchdruckereihilfsarbeiter (26 896, 17 955), Chorsänger (4407, 2585), Film- und Kinoangehörige (3735, 1935), Hausangestellte (25 043, 24 840), Gutmacher (17 446, 11 510), Kürschner (5972, 3138), Schneider (114 555, 67 239), Tabakarbeiter (57 084, 42 539) und Textilarbeiter (308 705, 204 982). Diese 11 Verbände zählten zusammen 528 128 weibliche Mitglieder = 45,6 v. H. ihrer Gesamtzahl.

Der Mitgliedererwerb der einzelnen Verbände zeigt kein einheitliches Bild; seine Größe war abhängig von dem Umfange, in welchem die verschiedenen Berufsschichten ihren Organisationen vor der Revolution noch fernstanden. So hat der Verband der Buchdrucker, der bereits früher ein gutes Organisationsverhältnis aufwies, im Laufe des Jahres 1919 nur ein Zuwachs von 20 361 Mitgliedern erhalten, während der Landarbeiterverband um 599 465 zunahm. Die Zahl der Verbände mit über 100 000 Mitgliedern ist von 7 im Jahre 1913 auf 12 im Berichtsjahre gestiegen. Es hatten die 12 größten Verbände 1919 im Jahresdurchschnitt Mitglieder (die in Klammern gesetzten Zahlen sind die des Jahres 1913): Metallarbeiter 1 301 536 (556 939), Fabrikarbeiter 477 251 (210 569), Bergarbeiter 396 950 (104 113), Transportarbeiter 393 803 (229 785), Bauarbeiter 329 165 (326 631), Textilarbeiter 308 705 (141 484), Holzarbeiter 284 940 (195 441), Landarbeiter 265 862 (19 077), Eisenbahner 222 685 (—), Gemeinde- und Staatsarbeiter 201 662 (52 996), Angestellte 196 957 (32 160) und Schneider 114 555 (49 978). Die Verbände mit über 100 000 Mitgliedern machten 1913 68,6 v. H., 1919 dagegen 82,0 v. H. des gesamten Mitgliederbestandes aus.

Die Einnahme- und Ausgabesummen der Zentralverbände sind 1919 zu einer solchen Höhe angewachsen, daß sie kaum noch in Vergleich mit den Ergebnissen der Finanzwirtschaft der früheren Jahre gestellt werden können. In erster Linie ist das Anschwellen der Summen auf unsere starke Geldentwertung zurückzuführen. Alle Ausgaben der Verbände sind durch die Verteuerung ins Fabelhafte gestiegen; die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten, die Drucklegung der Verbandsorgane und die Ausgaben der Unterflürungen, auch die starke Arbeitslosigkeit, die wieder zahl- und umfangreichen Streiks haben natürlich gleichfalls wesentlich zur Vermehrung der Ausgaben beigetragen. Entsprechend den an sie gestellten höheren Ansprüchen mußten auch die Verbände dazu übergehen, die Beiträge beträchtlich zu erhöhen.

Das Gesamtergebnis der Finanzwirtschaft der Zentralverbände im Jahre 1919 ist: eine Gesamteinnahme von 247 306 838 Mark (59 767 587), der eine Ausgabe von 201 408 709 Mk. (41 661 709) gegenübersteht. Das Gesamtvermögen belief sich am Schlusse des Jahres auf 133 180 009 Mk. (80 904 595), ohne das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 keine Angaben darüber macht. Von dem Vermögensbestande befanden sich 107 503 081 Mk. in den Hauptkassen.

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus: 2 867 289 Mark Eintrittsgeldern, 185 954 818 M. Verbandsbeiträgen, 43 098 827 M. örtlichen Beiträgen, 652 903 M. Extrabeiträgen, 4 063 461 M. Zinsen und 10 669 540 M. sonstigen Einnahmen.

Nach fünf Hauptgruppen geordnet, wurde verausgabt für: Unterstüzungen 44 942 793 M., Lohnbewegungen und Streiks 45 300 049 M., Verbandsorgane und Bildungszwecke 15 609 812 M., und für Agitation, Konferenzen, Verbandstage, Kartelle und Sekretariate 36 207 447 M. Die Haupt-, Gau- und Zweigvereinsverwaltungen erforderten einen Aufwand von 59 348 608 M. Bei den Ausgaben für Unterstüzungen steht an erster Stelle die Arbeitslosenunterstützung. Es wurden dafür 27 590 196 M. verausgabt; 1918 dagegen 2 583 040 M. Die Mehraufwendung gegen das Vorjahr ist zum geringeren Teil auf die Erhöhung der Unterstüzungen zurückzuführen, in der Hauptsache ist sie durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit entstanden. Nächst der Arbeitslosenunterstützung steht die in Krankheitsfällen gewährte mit 11 427 188 Mark. Für Beihilfe in Sterbefällen wurden 2 167 049 M. und für solche in Notfällen 1 637 855 M. verausgabt.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder), die von sich behaupten, die älteste Organisationseinrichtung zu sein, haben an der gewaltigen Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften den geringsten Anteil. Sie sind deshalb noch einflußloser geworden, als in der Vorkriegszeit. Es gehören dieser Gruppe 19 Organisationen an, die 1919 zusammen einen Bestand von 1728 Ortsvereinen hatten gegen 1720 im Vorjahre. Die gesamte Mitgliederzahl betrug 189 831, darunter waren 18 086 weibliche Mitglieder. Gegen 1918 erfolgte ein Zuwachs von 76 039 Mitgliedern = 66,82 v. H. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 5 510 989 M. und die Ausgabe, ohne 413 938 neu angelegter Gelder, auf 4 851 313 M. Der Vermögensbestand betrug 2 955 650 M. Unter den Einnahmen und Ausgaben befinden sich auch die der Kranken- und Begräbniskassen, die selbständige Einrichtungen mit besonderen Beiträgen darstellen.

Die christlichen Gewerkschaften bieten in ihren Jahresstatistiken ein Bild regeren gewerkschaftlichen Lebens als die Deutschen Gewerksvereine. Obwohl sie jüngeren Datums sind, haben sie die ältere Gewerkschaftsrichtung erheblich überflügelt, sie bilden die zweitwichtigste Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Handarbeiter. Nach dem von den christlichen Gewerkschaften in Nr. 20 ihres Zentralorgans, Jahrgang 1920, erstatteten Jahresbericht für 1919 waren ihnen 26 Verbände angeschlossen, die zusammen 9918 Ortsgruppen zählten, gegen 4950 im Jahre 1918. Es hat demnach eine Vermehrung der Ortsgruppen um 4968 stattgefunden.

Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schlusse des Jahres 1919 1 000 770 und im Jahresdurchschnitt 858 283 Mitglieder, davon 160 024 weibliche. 1918 waren es, nach Absehen der Mitglieder der ausgeschiedenen Verbände, 392 914 Mitglieder, davon 62 104 weibliche. Nach der Jahresdurchschnittszahl erhöhte sich der Gesamtbestand um 465 369 Mitglieder = 118,44 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder nahm um 97 920 zu.

Die Gesamteinnahme betrug 25 614 774 M., davon kamen 23 738 222 M. aus Beiträgen. Die Ausgabe beläuft sich auf 18 607 315 M., und der Vermögensbestand bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 20 161 269 M.

Die außerhalb der drei Gewerkschaftsgruppen stehenden sonstigen Arbeitnehmerorganisationen wurden bisher von der amtlichen Statistik als „Unabhängige Vereine“ zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt. Die Bezeichnung dieser Gruppe ist jetzt in „Selbständige Vereine“ umgewandelt. Angaben über diese Organisationen liegen erst für 1918 vor. Ihre Zahl ist stark zusammengeschmolzen. Die amtliche Statistik führt 14 an, darunter 4, die jetzt zu den freien Gewerkschaften gehören. Angaben über die Zahl der Mitglieder machten nur 13 Verbände. Diese hatten zusammen 1359 Zweigvereine. Die Zahl der Mitglieder betrug 214 360, darunter 10 485 weibliche. Ueber die Kassenverhältnisse berichteten nur 12 Verbände mit zusammen 164 764 Mitgliedern. Es betrugen die Gesamteinnahmen 1 528 759 M., die Ausgaben 926 122 M., und die Vermögensbestände am Schlusse des Jahres 1918 2 502 520 M.

Die Zusammenfassung der für die drei Organisationsrichtungen: Freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerksvereine und Christliche Gewerkschaften, vorliegenden statistischen Nachweise ergibt, daß diese 1919 zusammen 1 181 181 Mitglieder, darunter 1 370 877 weibliche hatten. Von je 100 Mitgliedern der Gesamtzahl kommen auf die freien Gewerkschaften 83,9, auf die Deutschen Gewerksvereine 2,9 und auf die christlichen Gewerkschaften 13,2. Diese Anteilszahlen zeigen die starke Ueberlegenheit der Mitgliederstärke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die anderen beiden Organisationsgruppen, die sich nach dem Ausbruch der Revolution in noch viel höherem Maße herausgebildet hat, als sie

vor dem bestand. Diese Ueberlegenheit drückt sich auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit aus.

Alle drei Organisationsrichtungen hatten 1919 eine Gesamteinnahme von 278 432 601 M. und eine Gesamtausgabe von 224 867 337 M.; der Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 156 296 928 M. Von je 100 M. der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

	Einnahmen M.	Ausgaben M.
Freie Gewerkschaften	88,82	89,57
Deutsche Gewerksvereine . . .	1,98	2,16
Christliche Gewerkschaften . .	9,20	8,27

Pro Mitglied betrug der Durchschnittsanteil der Einnahme der Ausgabe und des Vermögens:

	Einnahme M.	Ausgabe M.	Vermögen M.
bei den freien Gewerkschaften . .	45,13	36,76	* 31,88
" " Deutschen Gewerksvereinen .	29,03	25,56	15,57
" " christlichen Gewerkschaften .	29,84	21,68	23,49

Es verausgabten für:

	Sämtliche Unterstüzungen insgesamt M.	p. R. M.	Reise- und Arbeitslosenunterstützung insgesamt M.	p. R. M.	Gemahregestellten- und Streikunterstützung insgesamt M.	p. R. M.
Freie Gewerkschaften	44 413 876	8,11	27 665 205	5,61	458 089 66	8,38
Deutsche Gewerksvereine	466 911	2,46	395 604	2,13	† 889 302	4,68
Christl. Gewerkschaften	2 649 442	3,09	535 651	0,83	1 689 658	1,97

Das Vertrauen, das sich die freien Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Unternehmertums bei der Arbeiterschaft erworben haben, lenkte nach dem Ausbruch der Revolution den Schritt der Massen zu ihnen. Der ungeheure Machtzuwachs stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Alle ehrlichen Vertreter des Gewerkschaftsgedankens, gleichgültig, welche politische Ueberzeugung sie auch haben, müssen sich einig sein in dem Gedanken, dem werktätigen Volke seine wirtschaftlichen Kampforganisationen zu erhalten, sie zu fördern und weiter auszubauen. Die planmäßigen, von einer krankhaften Verirrung der Ideen eingegebenen Versuche, nach dem Moskauer Diktat die Gewerkschaften von innen heraus zu zerstören, müssen mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Innerhalb der Gewerkschaften ist ein erfreulicher Gesundungsprozeß zu verzeichnen, sie dürfen nicht weiter den Tummelplatz politischer Leidenschaften bilden. An Stelle öder Schlagworte muß Gedankenklarheit treten und unfruchtbare, zersetzende Kritik abgelöst werden durch praktische, fruchtbare Betätigung. Die innerhalb der Gewerkschaften noch vorhandenen Gegensätze, wie u. a. die Stellung zu der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und andere Streitpunkte, sind sachlich auszutragen und werden dann sicherlich auch zum Nutzen der Arbeiterschaft gelöst werden. Das ernste und gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit drängt zur positiven Arbeit. Es gilt, die Gewerkschaften zu Trägern einer neuen, besseren Wirtschaftsordnung auszugestalten. Die Entwicklung weist uns den Weg zum Sozialismus; beschreiten wir ihn, fest und sicher, das Ziel nicht aus dem Auge verlierend.

Die peinlichen Rechengewinne.

Von Dr. R. Rucznaki, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Als wir am 10. Mai d. J. in der Sozialisierungskommission im Beisein des Herrn Unterstaatssekretärs Hirsch über Kohlenpreise und Unternehmerrente sprachen, sagte Dr. Walter Rathenau:

„Wie ist es denn heute? Heute wird zwischen dem Unternehmer und dem Kohlenverband ein Verkaufspreis arrangiert, bei dem der Unternehmer bestimmend ist, weil der Reichskohlenverband und der Reichskohlenrat ja doch überhaupt — verzeihen Sie mir, Herr Unterstaatssekretär, wenn ich das sage; Sie sind ja nicht schuld an dem ganzen Lauf der Dinge, ich muß das aber sagen — heute reine Farcen sind. Das sind doch Kinderspiele, die hier veranstaltet werden. Wir haben uns aus den Protokollen informiert, und ich habe mich auch sonst informiert über das Gebaren und komme zu dem Schluß: das ist ja doch eine Sache, die überhaupt im merkantilen und im staatsrechtlichen Sinne eine Lächerlichkeit ist. Heute sieht die Sache so aus: es wird im Dunkeln Blindfuß gespielt, und es wird irgendein Kohlenpreis vereinbart, der natürlich nicht nur eine gewöhnliche Unternehmerrente enthält, sondern eine Unternehmerrente, die so dick ist, daß die Unternehmer selbst anfangen, sich zu genieren. Ich habe vor zwei Tagen mit einem der größten Interessenten des Kohlenverbandes gesprochen

* Berechnet unter Ausschluß der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der keine Angaben über das Vermögen machte.

† Die Ausgaben der Begräbniskassen, Krankenunterstützungen und Sterbegeld sind hier ausgeschieden.

und habe ihm das einmal gesagt. Darauf hat er mir geantwortet: „Ja, glauben Sie nicht, daß die Sache mir auch sehr peinlich ist?“ (Weiterleit.) „Glauben Sie nicht, daß ich in Aufsichtsräten oft genug zur Sprache gebracht habe, daß die Dinge so nicht weitergehen können?“ Dann habe ich ihn gefragt: „Was halten Sie denn nun vom Reichskohlenrat und vom Reichskohlenverband?“ Da hat er mir Dinge geantwortet, die ich hier wiederzugeben unterlasse. Also ich kann nur sagen: heute liegt die Sache so, daß einfach ein Kohlenpreis festgesetzt wird, der nicht nur eine Rente enthält und eine Rente garantiert, die angemessen ist, so wie ich sie mir denke, sondern eine Rente, die ich ungefähr so einschätze, daß der Unternehmer sehr unzufrieden sein und sich vor seinen Angestellten genieren müßte, wenn er nicht in einigen Monaten das Aktienkapital verdient. Ich glaube aber: er braucht sich nicht zu genieren. (Weiterleit.) Also die Dinge liegen wirklich so, wie sie nicht weitergehen können.“

An diese Ausführungen muß ich jetzt immer denken, wenn Persönlichkeiten, die dem Reichskohlenverband oder dem Reichskohlenrat nahestehen, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues mit dem Argument bekämpfen, der Gewinn der Bechen sei doch so gering, daß eine Ueberführung aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft gar nicht verlohne. Aus diesem Gedankengang heraus errechnet auch der Geschäftsführer des Reichskohlenrats, Generaldirektor Köngeter, in seiner Denkschrift über den Bericht der Sozialisierungskommission „für Mitte 1920“ einen „Unternehmergewinn (Dividende, Ausbeute)“ von 2 M. für die Tonne Ruhrkohle. Der durchschnittliche Erlös ab Grube sei 225 M. „Bei der Wirkung des Kohlenpreises auf den Verbraucher darf man übrigens nicht nur den Preis ab Grube betrachten. Der Verbraucher ist an dem Preis frei Verbrauchsstätte interessiert. In Stuttgart z. B. kostet heute die Ruhrkohle . . . 342,60 M. je Tonne.“ Ebenso sagt der Bergbau-Verein (Essen) in seiner soeben veröffentlichten Flugchrift „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues“: „Der Brennstoffverkaufspreis je Tonne Ruhrkohle ab Beche stellt sich zurzeit auf etwa 225 M.; wesentlich höhere Preise hat der Verbraucher anzulegen, der weit von den Gewinnungsstätten wohnt. So kostet die Tonne Ruhrkohle in Stuttgart gegenwärtig 342,60 M. Nämlich nun die gesamte Ausbeute in dem Kohlenpreis zum Ausdruck, so bedeuteten die 2 bis 2,50 M. je Tonne Absatz, auf die wir sie günstigstenfalls im laufenden Jahr im Durchschnitt der Bechen annehmen dürfen, noch nicht 1/4 Proz. des Preises, den in dem vorliegenden Beispiel der Verbraucher anzulegen hat.“ Diese Uebereinstimmung zwischen dem Geschäftsführer des Reichskohlenrats, der vorzugsweise die Verbraucherinteressen vertreten soll, und dem Bergbauverein, der nur aus Unternehmern besteht, könnte bei dem Laien den Eindruck erwecken, als ob es sich da um einwandfrei festgestellte Zahlen handle. Dabei sind nicht einmal die Preisangaben über jeden Zweifel erhaben. Als ich vor einiger Zeit bei meiner Berechnung des Unternehmergewinns im Ruhrkohlenbergbau — um ja nicht zu hoch zu greifen — mit einem Preis ab Grube von 210 M. rechnete, fiel die Bechenpresse unter Führung des Reichskohlenverbandes über mich her und erklärte, ich hätte nur 198,40 M. einsetzen dürfen. Und hier plötzlich die Einigung auf 225 M.? Und wie steht es mit den 2 M. „günstigstenfalls“ 2 bis 2,50 M. Unternehmergewinn je Tonne Absatz? Nach der Flugchrift des Bergbauvereins bedeuten sie „noch nicht einmal 1 Proz.“ des auf 17 211 Millionen Mark geschätzten „Wertes der Gewinnung“, also noch nicht einmal 172 Millionen Mark Unternehmergewinn für das Jahr 1920! Dabei hat Rathenau in seiner Kontroverse mit Stinnes in der Sitzung der Sozialisierungskommission vom 23. April 1920 diesen Unternehmergewinn auf „4 bis 5 Milliarden jährlich“ geschätzt! Ich selbst habe mich ja stets jeder Jahreseinschätzung enthalten und nur immer wieder gezeigt, daß der Gewinn zu der Zeit, als der Unterschied zwischen den Löhnen und den Preisen am größten war, d. h. im April/Mai 1920, monatlich mindestens 250 Millionen Mark betrug. Daß er aber für das ganze Jahr 1920 auf eine zehnstellige Zahl auslaufen wird, wie Rathenau berechnet, und nicht auf eine kleine neunstellige Zahl, wie Köngeter und der Bergbauverein angeben, dürfte für jeden unbefangenen Beurteiler nach den bisherigen Ergebnissen feststehen. Daß sich Köngeter und der Bergbauverein in der Größenordnung vollständig vergriffen haben, geht auch aus folgenden zwei Tatsachen hervor: 1. Die Zahlen, die Stinnes am 23. April in der Sozialisierungskommission nannte, ergeben, trotzdem er dies nicht wahrhaben wollte, einen Unternehmergewinn von mindestens 21 M. (nicht 2 M.) je Tonne Absatz. 2. Das auf Grund der Verhandlungen vom 18. und 19. August in Essen zwischen den Vertretern der Reichsregierung, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmerorganisationen getroffene Abkommen beginnt mit den Worten: „Die Werkvertreter haben sich bereit erklärt, die vom Reich bis Ende Juli d. J. gewährte Zulage von 4,50 M. je Schicht für den Monat August zu übernehmen.“

Sie geben hierzu folgende Erklärung ab: Die Uebernahme von 4,50 M. je Schicht bedeutet für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau unter Hinzurechnung der bereits seit dem 1. Juni 1920 ohne Erhöhung der Kohlenpreise gezahlten 3 M. je Schicht eine jährliche Mehrausgabe von rund 1,3 Milliarden Mark. Diese Belastung kann der Bergbau ohne ernste Schädigung seiner technischen Leistungsfähigkeit nicht tragen, wenn nicht eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise oder eine bedeutsame Verringerung der Selbstkosten eintritt.“ Seitdem sind 2 1/2 Monate verfloßen. Es ist weder eine Erhöhung der Kohlenpreise noch eine bedeutsame Verringerung der Selbstkosten eingetreten. Die Bechen verdienen jetzt also — ich will das gar nicht bestreiten — monatlich rund 100 Millionen Mark weniger, d. h. etwa 14 M. je Tonne Absatz weniger als vor einem halben Jahre. Aber ist es da nicht lächerlich, gleichzeitig zu behaupten, die Bechen hätten bei denselben Verkaufspreisen vor der Lohnerhöhung nur etwa 2 M. je Tonne verdient? Die Kohlenmagnaten, denen die Gewinne des laufenden Jahres „peinlich“ sind, werden ja ohnehin bei der Bemessung der für die sozialisierten Bechen zu zahlenden Entschädigung mit phantastisch hohen Zahlen über die bisherigen Reinerträge aufwarten. Wäre es da nicht klüger, wenn sie jetzt näher bei der Wahrheit blieben, damit der Abstand zwischen ihren letzten Untertreibungen und ihren künftigen Uebertreibungen nicht gar zu groß erscheint?

Deutsche Kinderhilfe.

Aufruf zur Volksammlung für das notleidende Kind.
Kinder in Not!

Diese Tatsache hat die acht großen Zentralorganisationen für Wohlfahrtspflege zu einem gemeinsamen Hilfswerk vereinigt, um durch Aufbringung privater Mittel der Wohlfahrtspflege neue Kräfte zuzuführen, die einzig und allein der Erhaltung und Gesundung unserer Kinder dienen sollen.

Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben und schwere Einbuße an Gesundheit bei Männern und Frauen gekostet; furchtbar sind aber die Folgen jahrelanger Nahrungsnot für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernsteste Gefahr. Kindertuberkulose und Säuglingssterblichkeit sind in erschreckendem Maße gewachsen, unermesslich ist die Not, die sich zum Teil verschämt vor jedem Auge verbirgt. Viele Hunderttausende von Kindern sind krank und gehen mit unterernährtem, geschwächtem Körper ins Leben, die kümmerlichste Kleidung muß verbergen, daß kein Hemd den abgezeigten Körper deckt. Der kommende Winter wird diese Leiden noch unendlich vermehren.

Reich, Staat und Gemeinde sind zurzeit allein außerstande, diesem Notstand zu wehren, deshalb muß die freie Liebestätigkeit einsetzen, um dem Schlimmsten vorzubeugen.

An unsere Gewerkschaftsgenossen in Stadt und Land, besonders aber an alle Ortsausschüsse wenden wir uns deshalb mit dem Ersuchen, die in den nächsten Wochen erfolgenden Sammlungen der „Deutschen Kinderhilfe“ nach besten Kräften zu unterstützen. Die Not ist groß, und nur ein Zusammenwirken aller gibt die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe.

Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und bietet Gewähr einer sachgemäßen Verwendung. Wir erwarten, daß die Solidarität unserer Gewerkschaftsgenossen zur Rettung unserer notleidenden Kinder nicht vergeblich angerufen wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
P. Graßmann.

Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919.

Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, sind die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten erschienen und im Buchhandel durch den Verlag von Deder, Berlin SW. 19, zu beziehen. Die stattlichen Bände bilden eine wahre Fundgrube wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Erkenntnis. Die Gewerbeaufsichtsbeamten stehen in steter enger Verbindung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern und sind daher, wie kaum eine andere behördliche Stelle in der Lage, unparteiische Urteile über Stand und Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu gewinnen. Das ganze Jahr 1919 stand noch unter dem Zeichen der Demobilisierung, der politischen Säuerung, der wirtschaftlichen Unsicherheit, des furchtbaren Drucks durch den Friedensvertrag. Aber es kann als hoffnungsvolles Zeichen begrüßt werden, daß fast in allen Berichten, übereinstimmend aus allen Teilen des Reiches, in den letzten Monaten dieses schlimmen Jahres Zeichen von steigender Arbeitsfreudigkeit festgestellt wurden. Einen besonders breiten Raum

nimmt in den vorliegenden Bänden die Berichterstattung über die neuen Gesetze und Verordnungen ein, die vom Reichsarbeitsministerium zur Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erlassen werden mußten; so die Verordnungen über Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter, über Tarifverträge, über den Achtstundentag, über die Unterbringung der Kriegsbeschädigten usw. Eingehend wird ferner die Frage behandelt, ob und inwieweit es möglich war, die Arbeitsräume, Maschinen, Gerätschaften, die während des Krieges stark abgenutzt worden sind, wieder in guten, einwandfreien Zustand zu bringen. Der gute Wille hierzu war fast überall vorhanden, doch erwuchsen stellenweise aus dem Mangel an Baustoffen, anderen Rohstoffen und Ersatzteilen große Schwierigkeiten.

Die Berichte enthalten ferner eine Fülle von interessanten Beobachtungen über Unfallgefahren, Gesundheitsschädigungen, Arbeitsstreitigkeiten, Frauenarbeit, Heimarbeit, Kinderarbeit usw., so daß jeder, der irgendein Sondergebiet der Sozialpolitik bearbeitet, reichliches Quellenmaterial findet.

Im Zusammenhang mit den Berichten für 1919 sei auch noch auf die zusammenfassenden Berichte über die Kriegsjahre 1914—1918 hingewiesen (gleichfalls im Verlag Deder, Preis 146 M.). Forscher, die künftig eine Geschichte des Krieges schreiben wollen, sollten nicht nur das studieren, was an den Fronten vor sich ging, sondern auch diese Berichte mit berücksichtigen. Aus all der ruhigen, streng sachlichen Berichterstattung steigt das Bild des schweren wirtschaftlichen Ringens auf, dem das deutsche Volk im Innern unterworfen war. Die ungeheuren Anstrengungen der Industrie, sich den Heeresbedürfnissen anzupassen, die wachsenden Schwierigkeiten durch die immer mehr einschnürende Blockade, die fast übermenschlichen Arbeitsleistungen von Männern und Frauen — das alles ist in den Berichten dauernd und einwandfrei festgehalten.

Aus unserem Verufe.

Ein herzliches Lebenswohl

möchte ich noch allen Freunden und Kollegen beim Abschied aus meiner Stellung zurufen, da ich die meisten wohl kaum wiedersehen werde.

Besonders drängt es mich auch, den Vertrauenspersonen der Zahlstellen im Gau „Schlesien und Sachsen“, die all die Jahre hindurch mit mir treu zusammengearbeitet haben, zum Abschied noch einmal die Hand zu drücken. — Leider geht es nur auf diesem Wege. — Ihr, Kollegen und Kolleginnen, werdet weiter zu unserer Sache stehen, werdet weiter, jeder einzelne, eine Waffe sein der organisierten Arbeiterschaft, wie auch jeder Führer eine Waffe — eine stets scharfe Waffe — der Arbeiterschaft sein soll.

Auch ich bleibe unserer Bewegung treu. Ich gehe durch meinen neuen Posten als Betriebsräte-Sekretär zwar zu einer anderen Formation über, bleibe aber bei der Armee und — hoffentlich — immer in den vordersten Reihen!

Freundlichsten Dank allen für ihre treue Unterstützung und Hilfe und besonderen Dank auch zum Schluß allen den Zahlstellen und Genossen, die mir beim Scheiden so freundliche Glückwünsche und Worte der Anerkennung für meine Arbeit übersandten.

Wab Salzbrunn, den 31. Oktober 1920.

Martin Girsch.

Gräfenthal. In einem Bericht über eine Betriebsrätekonferenz in Wallendorf und den Angestelltenstreik in der bayerischen Porzellanindustrie im „Saalfelder Volksblatt“ war auch die Bemerkung enthalten, daß die Angestellten in der Porzellanindustrie des Gräfenthaler Bezirks noch weit davon entfernt sind, sich als Lohnarbeiter zu fühlen und ernsthaft für die Wahrung ihrer eigenen Interessen einzutreten, ja sich direkt arbeiterfeindlich stellen.

Jetzt bestätigt ein Angestellter aus diesem Bezirk die Richtigkeit dieser Behauptung, indem er folgende Notiz im „Saalfelder Volksblatt“ veröffentlicht:

„Der Artikelschreiber hat vollständig recht, wenn er behauptet, die übergroße Mehrheit der Angestellten sei nicht arbeiterfreundlich gesinnt; diese Bagehre muß man leider immer machen. Aber warum eigentlich diese gewisse Verachtung den Arbeitern gegenüber? Sind wir denn auch alle in Arbeiterfamilien groß gezogen worden? Habt ihr nicht die Leiden eines Arbeiters selbst mitgemacht? Ich meine, wenn man sich dieser Vergangenheit erinnert, dann kann man unmöglich gegen einen Arbeiter Front machen. Und übrigens: kommt ihr denn nicht auch genau so gut wie der Arbeiter die Härten der Herren Arbeitgeber zu spüren? Werbet ihr nicht auch gerade so schrecklich behandelt? Und wie sieht es mit eurem Gehalte aus? Steht ihr euch vielleicht besser als ein Arbeiter? Im Gegenteil, eure Entlohnung ist eine

schlechtere als die des Arbeiters. Aus was für Gründen sich nur der Politik eines Herrn Arbeitgebers anschließen? Lasset doch nun endlich einmal den Dünkel fallen, bildet euch doch nicht soviel auf euren Stehfragen ein und lasset die Schmuserei und Kriecherei bei euren Herren Chefs unterweg. Kehrt eurem „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband“ den Rücken, denn gerade dieser Verband ist es, der dem Sozialismus meilenweit fernsteht und die Sozialdemokraten fortwährend beschimpft, und tretet ein in den Zentralverband, nur der vertritt sozialistische Ideen und kann demzufolge für uns nur nützlich sein.“

Aus Oberfranken. Die Hauptstreikleitung schreibt uns zum Streik der Angestellten:

„Die Streiklage ist seit der letzten Notiz unverändert. Der Vertreter der Regierung hat inzwischen einen neuerlichen Versuch unternommen, eine Verhandlungsbasis zu schaffen dadurch, daß er den Parteien eine Revision ihrer Erklärungen vom 23. und 24. Oktober nahelegte. Die Streikleitung hat daraufhin ein weiteres wesentliches Entgegenkommen gezeigt und sich erboten, auf jede vorherige Bindung betreffs Gegenstandes der Verhandlungen vor Arbeitsaufnahme zu verzichten und auch dem Arbeitgeberverband vollständige Entschlußfreiheit zu lassen. Nach Erledigung der bisher von beiden Teilen für vordringlich gehaltenen Punkte sollten die Parteien erneut Stellung nehmen, ob in diesem Stadium der Verhandlung der Streik beendet werden konnte. Auf dieses Angebot wurde von Arbeitgeberseite abgelehnt. Zurzeit berät sich ein Teil der Arbeitgeberverbandsmitglieder in Marktreidwitz und ist vor Freitag früh ein Ergebnis nicht zu erwarten.

Bemerkenswert ist, daß die Arbeitgeber ihre Bemühungen Arbeitswillige in die Betriebe zu bekommen, soweit getrieben haben, daß der erste Bürgermeister von Selb und sogar der Regierungsvertreter zu Hilfe gerufen wurden, um eventuell bewaffneten Schutz für die Streikbrecher zu stellen. — Am Mittwochmittag hat sich die Empörung der Arbeitnehmerschaft über das Verhalten der Arbeitswilligen in sehr deutlicher Weise Luft gemacht. Trotz dem ist es auch hierbei nicht zu Störungen der Ordnung und Förderung der musterhaften Disziplin der Streikenden gekommen. — Wenn die Arbeitgeber nun versuchen sollten, auf die eine oder andere Weise Putzversuche zu unternehmen, so würden sie nicht auf ihre Rechnung kommen. Jedenfalls muß aber auch den zuständigen Regierungsstellen gesagt werden, daß für sie kein Grund zum Eingreifen vorliegt, und ein Versuch, durch Entsendung von Militär oder Polizei die nur in der Eirbildung der Arbeitgeber existierenden drohenden Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhüten, gerade das Gegenteil bewirken würde. — Wir gehen, wie wir nun bei jeder Gelegenheit bewiesen haben, in unserem Entgegenkommen bis an die Grenze des Möglichen, lassen uns aber bei der Gerechtigkeit unserer Sache und der Macht, die unsere Geschlossenheit verleiht, nicht in die Rolle von Besiegten drängen.“

Im Anschluß hieran ging uns folgender weiterer Bericht zu:

„Die Beratungen der Arbeitgeber am Freitagvormittag in Marktreidwitz haben zu dem Ergebnis geführt, daß sie eine neue Verhandlungskommission gebildet haben und unter Verzicht auf jede Erklärung unsererseits, bis wann die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, Freitag, nachmittags 5 Uhr, an den Verhandlungstisch mit uns gekommen sind.

Diese Verhandlungen, eröffnet mit einer grundsätzlichen Aussprache über die Basis derselben, zeitigten bis jetzt nur die Zurückstellung der wesentlichsten Punkte, vom Geltungsbereich des Tarifs angefangen bis zu den Gehaltsföhen. Auch über die Sicherungsklauseln ist es trotz teilweiser Zugeständnisse noch zu keiner Einigung gekommen. Der Hauptgrund mag darin liegen, daß die Arbeitgeber bisher ihr schon am 9. Oktober in Marktreidwitz gemachtes Angebot im allgemeinen nicht erhöht haben. Wir sind jetzt noch nicht in der Lage, Zahlenmaterial über die gegenseitigen Vorschläge zu unterbreiten, weil dieses Material noch flüchtig ist. — Festgehalten verdient nur zu werden, daß die Arbeitgeber jetzt alles zu vermeiden trachten, was die Verhandlungen zum Scheitern bringen könnte, und daß sie deshalb auch zwecks Beratung unserer letzten Voriage, die eine Kombination zwischen Grundgehalt und Feuerungslohn darstellt, Vertagung bis Dienstag, nachmittags 2 Uhr, beantragt haben. Die Tariffkommission der Angestellten hat dieser Vertagung zugestimmt, jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein Scheitern der Verhandlungen sofort eine ganz wesentliche Verschärfung und Ausdehnung des Streiks nach sich ziehen würde.

In diesem wahrscheinlich entscheidenden Stadium des ganzen Kampfes gilt es mehr als je, straffste Disziplin, äußerste Ordnung und ungeschwächten Kampfesmut zu bewahren. Jede Abweichung von der bisherigen Entschlossenheit in diesen Dingen würde den Fortgang der Verhandlungen nur schädigen.

Unternehmergewinne in der feinkeramischen Industrie. Obwohl infolge Kohlenmangels die feinkeramischen Fabrikbetriebe nur zu 40 Proz. des vollen Betriebsumfanges ausgenutzt werden können, übersteigen die Gewinne die Zahlen aus der besten Zeit vor dem Kriege doch um ein bedeutendes. Alle Geschäftsberichte, die bisher bekannt wurden, stimmen darin überein, daß geradezu fabelhafte Ueberschüsse erzielt werden. Letztere gelangen allerdings nur in die Taschen einiger weniger Personen, die zu den „Schwerstarbeitern“ nicht gerechnet werden können, während die eigentlichen Erzeuger dieser Werte, die Arbeiter und Angestellten, mit einem mehr als bescheidenen Anteil sich begnügen müssen. Wir veröffentlichen nachstehend die Gewinnzahlen von zunächst zwei schlesischen Betrieben (Königszell und Stanowitz), die beide in die Ortslohnklasse 2b unseres Reichstarifes gehören, d. h. nur, soweit die Arbeiter in Frage kommen. Für die Aktionäre scheint eine besondere Ortsklasse zu gelten, in der mit weniger als 25 und 30 Proz. Dividende nicht auszukommen ist. Daß die Direktorengehälter in der Lohnklasse 2b nicht auskömmlich sind, beweist Stanowitz, woselbst an die Direktion in Form einer besonderen 5proz. Dividende ein Zuschuß von 22 136,17 M. gezahlt werden mußte. Wir nehmen an, wenn der Antrag unserer Kollegen in Königszell und Stanowitz auf Versekung von Ortslohnklasse 2b nach 2a wieder vorliegen bezw. das Gewerkschaftsamt beschäftigen sollten, die Direktoren und Aktionäre als Zeugen dafür auftreten werden, daß beide Orte zu den sogenannten teuren Plätzen zu rechnen sind, in denen mit einem kleinen Einkommen nichts anzufangen ist. Der Einwand, daß die Unternehmungen die höheren Arbeiterlöhne nach Ortsklasse 2a nicht tragen könnten, kann ja nicht erhoben werden, wie Figura beweist.

Aus dem Geschäftsbericht der Porzellanfabrik Stanowitz ist hervorzuheben:

„Gleich dem Vorjahr blieben die Fabrikationsverhältnisse recht erschwert, sie kamen in der Hauptsache durch andauernde Kohlenknappheit, ebenso aber auch durch teilweise recht schleppende Lieferung von verschiedenen anderen Rohstoffen unangenehm zum Ausdruck; der Absatz der Erzeugnisse ging dank der günstigen Marktlage zu befriedigenden Erlösen glatt von statten, auch Lagerbestände konnten infolgedessen gewinnbringend verwertet werden. Die im Ausfuhrgeschäft erzielten Erfolge tragen den Hauptanteil an dem guten Jahresergebnis. Die Gesellschaft geht in das neue Jahr mit einem reichlichen Auftragsbestand und kann auch weiter gedeihlich arbeiten, wenn die Belieferung mit Rohle nicht noch eine weitere Einschränkung erfährt; leider muß aber mit einer solchen Maßnahme rückwärtlich der uns von unseren Feinden auferlegten Verpflichtungen gerechnet werden. Die nachgewiesenen Außenstände sind sämtlich flüssig. Der Rohgewinn für 1919/20 beträgt 809 639,97 M. Davon kommen in Abzug: Für Feuerversicherung 4169,95 M., für Provisionen 44 517,25 M., für Handlungsunkosten 126 613,49 M., für Modelle und Formen 23 312,63 M., für Beamten- und Arbeiterversicherungen 13 075,75 M., für Reparaturen 41 468,90 M., für Wirtschaftskonto 1550 M., für elektrische Kraft und Licht 2883,82 M., für Fabrikantenkonto 12 184,90 M., für Effektenkonto 930,82 M., für Gespannkonto 2892,30 M., für Rinderportkonto 2577,74 M.; ferner Abschreibungen auf: Immobilien 810 M., Maschinen, elektrischer Betrieb, Utensilien, Gespanne, Kontorutensilien 4920 M., so daß einschließlich des Vortrages von 1918/19 von 4063,52 M. ein Reingewinn von 66 786,94 M. verbleibt, der wie folgt verteilt werden soll: v. S. Dividende von 500 000 M. = 20 000 M., v. S. dem Aufsichtsrat = 22 136,17 M., 5 v. S. der Direktion = 22 136,17 M., Zuweisung zum Reservefonds, Konto II, 10 000 M., 11 v. S. Dividende von 500 000 M. = 55 000 M., 150 M. Sonderzuweisung auf jede Aktie = 75 000 M., Rückstellung für Reichseinkommensteuer 100 000 M., Rückstellung für Reichsnotpfer 30 000 M., Errichtung eines wirtschaftlichen Risikokontos 100 000 M., Zuweisung für das Beamten- und Arbeiter- Wohlfahrtskonto 10 000 M., Zuweisung für das Dispositionskonto 7500 M., Vortrag auf neue Rechnung 3014,60 M.

Der Geschäftsbericht der A.-G. Königszell zeigt folgendes Bild:

Königszell. 25 Proz. Dividende! Nach dem Bericht für 1919/20 konnten in der hiesigen Porzellanfabrik die stark erhöhten Unkosten nur durch rechtzeitige Anpassung der Verkaufspreise und verstärkten Export ausgeglichen werden. Der Reingewinn beträgt einschließlich 47 213 M. (im Vorjahre 26 428 M.) Vortrag noch 344 396 M. (123 940 M.) Abschreibungen 1 827 025 M. (577 153 M.), woraus 25 (15) Proz. Dividende verteilt, 20 000 M. für Wohlfahrtszwecke verwendet, 30 000 M. der Reservefonds, 170 000 M. dem Dispositionsfonds und

200 000 M. der Kontokorrentreserve überwiesen, 350 000 M. einem Fonds für feuertechnische Versuche zwecks Kohlenersparnis und Einführung neuer Feuerungsmethoden zugeführt und 146 201 M. vorgetragen werden. Bei 2,60 Millionen M. Grundkapital werden in der Bilanz 2,50 (0,61) Millionen M. Kreditoren ausgewiesen gegenüber 4,63 (1,45) Millionen M. Debitoren, 1,99 (2,36) Millionen M. Effekten, 0,50 (0,22) Millionen M. Materialien und 0,36 (0,23) Millionen M. fertigen Waren. Für das kommende Jahr seien zwar Aufträge in reichlichem Umfange vorhanden, doch lasse die völlig ungewisse wirtschaftliche Lage und besonders die Kohlenfrage Voraussagungen nicht zu.

Inzwischen hat, wie wir der „Schles. Bergwacht“ entnehmen, der Aufsichtsrat eine Revision der Bücher der Gesellschaft angeordnet, wobei sich herausstellte, daß infolge eines buchmäßigen Fehlers der Gewinn um 163 759,18 M. zu niedrig angegeben wurde. Um eine Aenderung in der Erhöhung der Dividende nicht erst vornehmen zu brauchen, wird der Vortrag auf neue Rechnung um diesen Betrag (von 146 201,15 M. auf 309 960,33 M.) erhöht.

Die A.-G. Lorenz Gutschenreuther, Selb., verteilt ebenfalls eine Dividende von 25 Proz. Ein Teil der Aktien dieser Gesellschaft befindet sich im Besitze der Porzellanfabrik Königszell, so daß ein Betrag von 218 000 M., den die Selber Porzellanarbeiter bei der Firma Gutschenreuther erarbeiteten, in die Taschen der Aktionäre von Königszell floß.

In Stadtlengsfeld werden die Besitzer von Stammaktien 14 Proz., die Besitzer von Vorzugsaktien 16 Proz. Dividende als gerechte Entlohnung für ihren hervorragenden Anteil am Zustandekommen des Betriebsergebnisses erhalten.

Die Aktionäre der Firma E. und A. Müller in Schönwald, die sich mit einer Dividende von „nur“ 12 Proz. zufrieden geben sollen, werden voraussichtlich den lebhaften Wunsch haben, in eine höhere „Lohnklasse“ versetzt zu werden.

Die Porzellanfabrik Schirnding, A.-G., erzielte einen Gewinn von 874 612,— M. Davon wurden 303 900,— M. für Abschreibungen verwandt. Auf Immobilien wurden allein 229 520,— M. abgeschrieben und verbleiben noch 229 000,— M. auf das Konto Immobilien (Grundstücke und Gebäude), die nächstes Jahr getilgt werden, sofern wieder wie dieses Jahr 229 000,— M. abgeschrieben werden. Alle übrigen Konten stehen bereits mit 1,— M. zu Buch. Es verbleibt immer noch ein Reingewinn von über 100 000 M., aus dem eine 10proz. Dividende gezahlt wird. Vielleicht berichten uns unsere Kollegen, wie hoch die Abschreibungen, Rückstellungen von Reserven, Risikokontos usw. sind, die sie bei den glänzenden Geschäftsergebnissen vornehmen konnten.

Reichenbach, S.-A. Bei den Firmen Otto Hädrichs Witwe und Max Hugo Hädrich, beide Privatmalereien, sind Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich in beiden Fällen um Nichterfüllung der tariflichen Bedingungen von Seiten der Firmeninhaber. Bei der Firma Otto Hädrichs Ww. verlangen unsere Mitglieder endlich die Bezahlung der vom 1. Juni ab gewährten 10 Proz., sowie der Streikwoche vom März d. J. — Bei Max Hugo Hädrich wird der neue Tarif vom 1. Oktober ab nicht anerkannt; außerdem handelt es sich bei dieser Firma um die Nachzahlung der 10 Proz. vom 1. Juni ab. Bei beiden Firmen sind unsere Mitglieder entlassen worden, weil sie auf Bezahlung nach dem Tarif drängten. Zugang nach den genannten beiden Firmen ist fernzuhalten. Beide Firmen sind gesperrt.

Staffel. Nach vorläufiger Mitteilung sind in Staffel Differenzen ausgebrochen. Es wird ersucht, Zugang nach dort fernzuhalten. Näherer Bericht wird uns in Aussicht gestellt.

„Der Keram-Arbeiter“, das Organ des Verbandes der Porzellan- usw. Arbeiter der tschechoslowakischen Republik, warnt dringend vor Zugang nach Schönfeld, Firma Schindler. Diese Firma hat Lohnreduzierungen vorgenommen. Nachdem einige Dreher, die ihre Arbeitszeit freiwillig verlängerten, mehr verdienten, als die Firma für angemessen hielt, wurde die Geldgier der Firma angereizt und die Akkordlöhne herabgesetzt. Schönfeld ist gesperrt.

Ferner wird aufmerksam gemacht, daß die Lithographen und Steindrucker in sämtlichen Porzellanfabriken Westböhmens vor ernststen Differenzen stehen. Zugang ist unbedingt fernzuhalten.

Streik in Roffen.

Bei der Firma Rappenfabrik Bachers & Bed in Roffen stehen unsere Kollegen wegen Lohn Differenzen seit dem 26. Oktober im Streik. Zugang nach Roffen ist fernzuhalten.

Vermischtes.

Vorläufiger Steuerbescheid und Lohnabzug.

In den Kreisen der Lohnempfänger hat die Versendung der vorläufigen Steuerbescheide vielfach Beunruhigung hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß der in dem Steuerbescheid angegebene Betrag in bar neben den Lohnabzügen zu entrichten, daß also doppelte Steuer zu zahlen ist. Diese Auffassung trifft nicht zu, es werden vielmehr auf den im vorläufigen Steuerbescheid enthaltenen Betrag die bereits entrichteten Lohnabzüge, die meistens höher sind, wie Bargeld an gerechnet, so daß im Regelfall auf den Steuerbescheid keine weitere Zahlung mehr zu leisten ist. Der Empfänger des vorläufigen Steuerbescheides braucht diesen nur zusammen mit seiner Steuerkarte dem zuständigen Finanzamt vorzulegen. Im dem Fall, wo der Steuerabzug nicht in Marken, sondern durch Ueberweisung an die Finanzkasse erfolgt ist (Listensystem), wird in der gleichen Weise verrechnet. Da hier jedoch die Möglichkeit besteht, daß die Ueberweisungen noch nicht überall verbucht sind, wird der Arbeitnehmer gut tun, sich von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung geben zu lassen, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt und für welche Zeit er einbehalten ist. Diese Bescheinigung hat die Steuerbehörde vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung anzunehmen.

Aushändigung der Steuerkarte bei Fehlen von Steuermarken.

Die zeitweilig ungenügende Belieferung der Postanstalten mit Steuermarken hat zur Folge gehabt, daß einzelne Arbeitgeber nicht rechtzeitig die erforderlichen Steuermarken in die Steuerkarte einleben konnten. Hierdurch haben sich Unzuträglichkeiten bei Wechsel der Arbeitsstelle ergeben, da der Arbeitgeber den austretenden Arbeitnehmern nicht immer die Steuerkarte mit den ordnungsmäßig entwerteten Steuermarken übergeben konnte. Um diese Mißstände zu beseitigen, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß der Arbeitgeber in solchen Fällen den Betrag, für den die Steuermarken nicht beschafft werden konnten, in bar an die Finanzkasse entrichten kann. Dem Arbeitnehmer ist auf Verlangen eine Bescheinigung auszuhandigen, die außer dem Betrag angeben soll, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt und für welche Zeit er in Abzug gebracht worden ist.

Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen.

Gegenüber mehrfach vorgebrachten Zweifeln vertritt das Reichsarbeitsministerium nach wie vor den Standpunkt, daß der Demobilisierungskommissar während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung zur Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen in Gesamtschlichtungen befugt ist. Diese Befugnis beruht auf der klaren gesetzlichen Vorschrift des § 28 der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 (Reichsgesetzbl. S. 218), wonach dem Demobilisierungskommissar bei Streitigkeiten über Löhne, Gehälter oder sonstige Arbeitsbedingungen ganz allgemein die Befugnisse gemäß §§ 22, 25 der Verordnung vom 12. Februar 1920 eingeräumt werden. Während der Demobilisierungskommissar nach diesen Bestimmungen zur Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen ermächtigt ist, die auf Grund der genannten Verordnung ergangen sind, ist er nach § 28 ganz allgemein befugt zur Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen in allen Streitigkeiten, für deren Beilegung nach § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) die Schlichtungsausschüsse zuständig sind. Wenn § 28 dem Demobilisierungskommissar diese Befugnis nicht gäbe, so wäre diese Bestimmung überflüssig.

Das Neugeschäft der „Vollfürsorge“ im September 1920

hat gegen den Vormonat in bezug auf die Antragszahl eine Steigerung von 223 und der Versicherungssumme von 1 271 503 M. gebracht. Es gelangten zum Abschluß 18 153 Versicherungen mit 27 178 389 M. Versicherungssumme. Die Erwartungen, die an den Monat von mancher Seite gestellt wurden, sind nicht ganz in Erfüllung gegangen. Einzelne Bezirke haben recht gut abgeschnitten, während andere — wo die Vorbedingungen für ein gutes Neugeschäft vorhanden waren — in unglücklicher Weise versagten.

Arbeiter-St und Arbeitsglück. Die vom holländischen statistischen Zentralamt herausgegebene „Monatsschrift“ veröffentlicht sehr lehrreiche Zahlen über die Auswanderung der Proletarier nach Amerika. — nach ist das gelehrte Proletariat im geringsten Maße an der Auswanderung beteiligt, nämlich nur mit 33,5 Proz. Das war das Verhältnis in den Jahren 1918/19. Vor Jahren war die Zahl der gelehrten Proletarier größer, doch hat sie von Jahr zu Jahr abgenommen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir die Abnahme mit dem zunehmenden Arbeitsrecht begründen, das sich die gelehrten Proletarier immer mehr durch ihren Kampf errungen haben. Je aufklärter die Arbeiterschaft ist, um so besser weiß sie sich selbst ihr Arbeitsglück zu schaffen. Das zeigt uns auch

die Tatsache, daß von dem gesamten internationalen — in Jahren 1917/18 z. B. — auswandernden Proletariat 19 Analphabeten waren. Die Auswanderung ist damit nicht eine rein wirtschaftliche Folgeerscheinung, sondern in hohem Maße auch ein Spiegelbild von dem Stande der Arbeiterschaft, das sich eine aufgeklärte Arbeiterschaft in der Heimat ringt.

Mindestrente und Ausgleichszulage für Kriegsbeschädigte

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat mit Zustimmung des Reichstages eine Verordnung zur Durchführung des § 3 Abs. 3, und des § 28 des Reichsversorgungsgesetzes erlassen. Diese Verordnung werden die Fälle geregelt, in denen ein Kriegsbeschädigter einen schweren körperlichen Schaden davongetragen hat, ohne in seiner Erwerbsfähigkeit irgendwie wesentlich beeinträchtigt zu sein. Dies kann z. B. der Fall sein bei teilweisem Verlust des Unterkiefers, unter Umständen je nach dem Verufe bei Verlust eines Auges, Beines, Armes usw. In diesen Fällen soll, auch wenn keine Minderung der Erwerbsfähigkeit vorliegt, mit Rücksicht auf die schwere Beeinträchtigung der körperlichen Verfahrtheit eine Mindestrente gewährt werden, die je nach dem Falle auf 20—50 Proz. festgesetzt ist. Selbstverständlich dem Beschädigten, falls er in seiner Erwerbsfähigkeit stärker beeinträchtigt ist, eine entsprechend höhere Rente gewährt.

Außerdem enthält die Verordnung die Ausführungsbestimmungen über die sogenannte Ausgleichszulage, die es ermöglicht, die Rente nach dem früheren Verufe des Beschädigten abzustufen, wie die Tarifverträge je nach den erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten, nach Leistung und Verantwortung verschiedene Lohnsätze vorsehen. Die Rente berücksichtigt also in diesem Sinne das frühere Arbeitseinkommen des Beschädigten oder des Gefallenen. Die Beschädigten erhalten eine Ausgleichszulage von einem Viertel der Gebühren, wenn der Beruf einfache Kenntnisse und Fertigkeiten, von einem Halb der Gebühren, wenn er außerdem ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung erfordert. In wohlwollender Auslegung des Gesetzes bestimmt die Verordnung, daß nicht nur alle gelernten Arbeiter, sondern auch die ihnen nach Kenntnissen und Fertigkeiten gleichstehenden angelernten Arbeiter und Angestellten, sowie alle anderen Arbeiter und Angestellten, deren Tätigkeit erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert, die einfache Ausgleichszulage erhalten sollten. Anspruch auf die erhöhte Ausgleichszulage haben neben Leitern und Bewaltern größerer Betriebe, Ärzte, Rechtsanwälte z. B. auch Werkmeister und Arbeiter, deren Tätigkeit außergewöhnlich hoch zu bewerten ist. Bei den Gesetzesberatungen hat die Reichsregierung angenommen, daß 70 v. H. der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die einfache Ausgleichszulage erhalten.

Versammlungsberichte.

Coburg. Unsere Versammlung vom 23. Oktober war von circa 50 Mitgliedern besucht. Das ist ein bedauerliches Zeichen der Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit, die im Gegensatz steht zu den Kritiken und Schimpfereien in den Betrieben.

Kollege Brand berichtete über die Tarifverhandlungen in Dresden, an denen er persönlich teilgenommen hat. Es waren aber in der Hauptsache die Thüringer Unternehmer, die von den Forderungen nichts wissen wollten. Mit lebhaftem Beifall wurde Mitteilung entgegengenommen, daß unsere Kollegen aus dem Rheinland sich für uns Thüringer ins Zeug gelegt und eher ohne nach Hause gegangen wären, als zuzulassen, daß, dem ursprünglichen Verlangen der Unternehmer entsprechend, die Thüringer Arbeiter zur Industrie ohne jede Lohnerhöhung geblieben wären. Die Mitteilung, daß der Fabrikbesitzer Herr Schulz in Greibitz von seiner Arbeiter darum angegangen worden sein soll, billiger arbeiten zu lassen, um mehr Bestellungen hereinzubekommen, begegnete mit großem Beifall. Sollte es wirklich in Greibitz solche Mißverhältnisse von Arbeitern geben, dann können es bestimmt keine verbandstreu gewesen sein.

In der Diskussion wurde allgemein die Auffassung vertreten, daß ein 5prozentiger Aufschlag entschieden zu wenig sei. Die Dienste der Unternehmer hätten bei einigermaßen gutem Willen ihrer Seite eine höhere Lohnaufbesserung zugelassen.

Hierauf wurde ein Schreiben verlesen, das die Zeitungsarbeiter der Firma Rednagel an den Betriebsrat gerichtet haben. Darin wird ultimativ erklärt: Wenn der Betriebsrat nicht Stundenlohn von 4 M. für die durchgehende, dann treten sie (Zeitungsarbeiter) aus dem Verbands aus. Nach einigem Hin und Her hat Kollege Schilling hierzu das Wort und erklärte, daß der Zweck des Schreibens nur der sei, einen höheren Lohn zu erreichen. Wenn der Verband geschädigt werden sollte, mache er nicht mit. Die Stundenlohn aber groß, die jetzigen Löhne absolut unauskömmlich; ein Stundenlohn von 4 M. sei das Mindeste, was an Lohn gezahlt werden müsse.

In der weiteren Diskussion wurden die äußersten Forderungen der Stundenlöhne beklagt und bedauert, daß die gegenwärtige Situation von den Unternehmern benutzt werde, die Löhne niedrig zu halten. Jedoch wurden die Kollegen ernstlich gewarnt, das zu tun, was

gedroht, und dem Verbanke den Rücken zu kehren; damit würden sie eine weitere Verschlechterung ihrer Lage heraufbeschwören. Die Betriebsräte und Verbandsfunktionäre würden natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Der Vorsitzende wies bei Schluß der Versammlung noch einmal besonders darauf hin, solche Querulereien nicht erst aufkommen zu lassen. Für Unorganisierte kann kein Platz geben in den Betrieben.

Frankfurt a. Oder. Die am 22. Oktober stattgefundene Zahlstellenversammlung hatte sich eines etwas besseren Besuches zu erfreuen; trotzdem hält es fast immer noch die Hälfte unserer Mitglieder nicht für nötig, allmonatlich einmal zu erscheinen. Es ist auch nach Ansicht dieser Mitglieder besser, im Betriebe zu nützen und zu kritisieren, als die Wünsche und Meinungen dort anzukündigen, wo sie hingehören: in unsere Zahlstellenversammlungen. Hier ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, dahin zu wirken, daß die Zukunft besser wird. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wird, dankt der Vorsitzende unseres verstorbenen Kollegen Kamm, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wird. Er bemerkt dazu, daß es für unsere Mitglieder beschämend ist, wenn ganze Kollegen unserem Verstorbenen das letzte Geleit gegeben haben, obwohl die Beerdigung so gelegt war, daß sich alle beteiligen konnten. Nach Verlesen des Protokolls erstattet der Kassierer den Kassensbericht vom 3. Quartal. Hauptkasse: Einnahme 7896,71 Mk., Ausgabe 7109,21 Mk., Bestand 787,50 Mk. Lokalkasse: Einnahme 1713,69 Mk., Ausgabe 493,40 Mk., Bestand 1220,29 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 157 männliche, 84 weibliche, zusammen 241. Die Revisoren haben Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden und folgte die beantragte Entlastung des Kassierers. Ueber die Verhandlungen vor dem Gauschiedsamt berichtet Kollege Voigt. An Hand reichhaltigen Materials wollte Herr Voigt beweisen, daß Frankfurt keinen Anspruch auf Verletzung in Lohnklasse I hat. Wenn unsere Mitglieder noch nicht gewußt haben, sind sie jetzt dahingehend belehrt, daß Frankfurt a. Oder eine Stadt mit vorwiegend ländlichem Charakter ist. Mit allgemeiner Heiterkeit wurde dieses entgegengenommen. Unser Vertreter ist ja auch dieser Auffassung scharf entgegengetreten. Es ist der reinste Hohn, die Stadt mit 68 000 Einwohnern, in der Nähe der Reichshauptstadt gelegen, als ländlich zu bezeichnen. Leider entschied das Gauschiedsamt gegen unseren Antrag. Die Hauptschuld, daß unser Antrag abgelehnt wurde, ist wohl darin zu suchen, daß die Löhne allgemein in Frankfurt auf einer niedrigen Stufe stehen; dafür haben die Arbeitsgemeinschaften hier am Orte gesorgt. Kollege Voigt ist es nicht für ratsam, unseren Antrag dem Oberschiedsamt zu unterbreiten, da wir momentan kein weiteres Material beibringen können. Die Versammlung stimmte dem zu. Bei späterer Gelegenheit werden wir nichts unversucht lassen, unsere berechtigten Forderungen in die Tat umzusetzen. Zum Kartellbericht macht der Vorsitzende längere Ausführungen. Eine Diskussion über unseren neu geschlossenen Tarif erfolgte nicht. Der Vorsitzende machte noch auf am 7. November stattfindenden Familienabend aufmerksam.

Gotha. In der am 13. Oktober abgehaltenen Zahlstellenversammlung gab G. Möller den Bericht über die letzten stattgefundenen Gauschiedsamtssitzungen. Da die Kollegen in einigen Betrieben amte in ständigen Auseinandersetzungen betreffs Einhaltung des Tarifes mit den Herren Unternehmern sich befinden, war die Diskussion eine rege. Hierauf erstatteten die Gen. Jädele und Möller Bericht von den letzten beiden Kartellsitzungen. Auch hier schloß sich eine rege Aussprache an. Im Punkt „Verschiedenes“ kam gleichfalls unsere Organisation eine überaus wichtige Frage zur Sprache. Es wurde die Frage der Betriebs- und technischen Beamten, die unserer Organisation angehören, angeschnitten. Wie wohl im allgemeinen bekannt und der Fall sein wird, stehen die Angestellten dadurch, daß sie nicht im Tarifabkommen inbegriffen sind, vielerorts in ihrem Gehalt unter den tariflichen Sätzen der Facharbeiter ihres Berufes. Daß dieser Zustand ein unhaltbarer ist, wird wohl von keiner Seite bestritten. Von allen Diskussionsrednern wurde darauf hingewiesen, daß alles aufgeboten werden muß, und nur im Interesse der Angestellten sowohl als im Interesse der Arbeiterchaft, hier einen Ausweg zu finden. Die Angestellten, die unserer Organisation angehören, haben ein Recht darauf, daß ihre Interessen von ihrer Organisation vertreten werden. Durch die Organisation der Angestellten ist es aber äußerst erschwert, daß unsere Organisation mit dem nötigen Nachdruck die Interessen der Angestellten wahrnehmen kann, da die Unternehmerschaft sich stets auf die Organisation der Angestellten beruft. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß von Seiten der Vorstände beider Organisationen sofort in Verbindung zu treten sei, um hier für die Angestellten sowohl wie für die Arbeiter die allein richtige Lösung der Gelegenheit zu finden, und zwar: einheitliche Organisation in den Betrieben.

Die unserer Organisation noch nicht angehörigen Angestellten und Beamten sollten nun endlich erkennen, daß in einer einheitlichen Organisation im Betrieb die Interessen beider Teile bedeutend besser geschützt sind, als in zwei oder drei Organisationen. Im Interesse der Mitglieder sollte jede Organisation zum Zusammenschluß zu Industrieverbänden hinwirken. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß der Zusammenschluß kommen muß und jede Verzögerung nur zum Schaden der Beteiligten ist. Weiter spricht die Versammlung den Genossen des technischen und Beamtenpersonals, die unserer Organisation angehören, ihre volle Solidarität aus. Die Versammlung wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Genossen unterstützen, um ihnen zur Erringung besserer Lebensbedingungen zu verhelfen. Die Versammlung ersucht alle Zahlstellen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und in Gemeinschaft mit ihrem Vorstand eine baldige Lösung dieser so dringenden Frage herbeizuführen. Nachdem noch einige geschäftliche Mitteilungen ertaus waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rahbütte. Die am 21. Oktober stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht; u. a. war anwesend Kollege Erdmann, Gräfenhal. Kollege Erdmann gibt einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen in Dresden, denen er beigewohnt hat. Er legt einstündigem Vortrage dar, wie schwierig es war, auch nur etwas

herauszuholen für die Kollegen. Hier rechtfertigte sich das „vollste Vertrauen“ zu unserem Hauptvorstand. Aber hiermit sei nicht gesagt, daß wir uns mit dem Lohnabkommen einverstanden erklären könnten; denn seit der Zeit von dem letzten 10prozentigen Aufschlag sind die Gebrauchs- sowie Bedarfsartikel um mindestens 40 Prozent gestiegen. Und endlich hatten die Unternehmer nach langem harten Kampfe im ganzen — sage und schreibe — 5 Proz. für die Augustindustrie zugegeben. Einen eingehenden Bericht gab Redner über die Verhandlungen der Ortsklassenkommission. Hier sei es an dem Starrsinn bekannter Unternehmer gescheitert, Rahbütte in eine höhere Lohnklasse zu bekommen. Er sagt wörtlich aus, Rahbütte gehört in Lohnklasse 2a.

Sämtliche Diskussionsredner betonten, daß wir unseren Vertretern, die bei diesen Verhandlungen mitgewirkt haben, für ihre Leistung danken, aber daß uns das neue Lohnabkommen nicht die erwartete Befriedigung gebracht hat, und wir daher in aller Kürze genötigt sein werden, infolge der noch immer anhaltenden Preissteigerung uns einen entsprechenden Ausgleich durch Lohnforderungen zu verschaffen. Es wurde daher folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 21. Oktober im „Gasthaus zum Schwarzbatal“ in Rahbütte (Thür.) tagende Zahlstellenversammlung erkennt die schwierige Arbeit unserer Vertreter bei den Verhandlungen in Dresden an. Die bewilligte Lohnsteigerung betrachtet sie als eine Schmach und Herabwürdigung der Arbeiterschaft bei der noch immer steigenden Lebensmittelverteuerung. Die Versammlung erwartet, nach Ablauf der vierteljährlichen Frist neue und größere Zuschläge zu gewähren. Auch erwarten wir Arbeiter in der Augustindustrie, daß wir beim Abschluß des nächsten Lohnabkommens den anderen Porzellanarbeitern gleichgestellt werden.“ Nach einem Schlußwort des Kollegen Erdmann wurde vom Vorsitzenden mit der Mahnung auf ferneres Zusammenhalten und Mitarbeiten die Versammlung geschlossen.

Rudolstadt-Vollstedt. Eine gutbesuchte Versammlung fand am 28. Oktober im „Schillerhof“, Vollstedt, statt. Unter Punkt 1 gibt der Vorsitzende die Geschäftsstunden unseres Lokalbeamten bekannt, und zwar sind dieselben vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, Sonnabends von 8 bis 11 Uhr. Eine Kopierpresse soll angeschafft werden, und wird der Betrag bewilligt. Der Kartellbericht, gegeben von R. Weigel und Eismann, wird zur Kenntnis genommen. Ein Antrag der Verwaltung, Lohnstatistiken einzuführen, wird angenommen. Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Verwaltung eine Protestresolution an den Hauptvorstand abgeschickt habe gegen den abgeschlossenen Tarif. (Selbige ist inzwischen in der „Ameise“ veröffentlicht.) Kollege Bernhardt sowie der größte Teil der Anwesenden können sich mit dem Inhalt der Resolution nicht einverstanden erklären. Eine weitere Aussprache darüber wird schließlich zurückgestellt bis nach dem Referat des Kollegen Erdmann über die Tarifverhandlungen in Dresden. Punkt 2, Kassensbericht, gegeben vom Lokalbeamten Siegel. Verband: Einnahme 32 980,17 Mk., Ausgabe 23 971,44 Mk., Bestand 8095,51 Mk. Lokalkasse: Einnahme 8132,41 Mk., Ausgabe 6423,44 Mk., Bestand 2622,58 Mk. Mitgliederzahl 935. Kollege Schreyer berichtet als Revisor, daß die Kasse in bester Ordnung sei. Punkt 3, Tarifangelegenheiten. Zunächst gibt der Kollege Erdmann (Gräfenhal) als Teilnehmer an den Tarifverhandlungen in Dresden einen ausführlichen Bericht, an den sich eine längere Debatte anknüpft. Aus derselben geht hervor, daß man mit dem abgeschlossenen Tarif nicht zufrieden sein kann. Die Ansicht verschiedener Redner geht jedoch dahin, daß sie überzeugt sind, daß die Vertreter der Arbeiterschaft sowie die Vertreter des Hauptvorstandes ihre volle Schuldigkeit getan haben, es aber an dem unsozialen Verständnis der Herren Unternehmer gelegen habe, wenn für die Kollegen nicht mehr herausgeholt werden konnte. Folgende, aus der Versammlung eingebrachte Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 28. Oktober stattgefundene Versammlung der Porzellanarbeiterschaft Rudolstadt und Umgebung beschäftigt sich nach einem Bericht des Kollegen Erdmann über die Tarifverhandlungen in Dresden mit dem dort abgeschlossenen Tarif. Die Kritik ist eine allgemeine und bezieht sich besonders auf das sehr geringe Entgegenkommen seitens der Unternehmer. Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß bei weiteren kommenden Verhandlungen die Unternehmer sich zu etwas höherem sozialen Verständnis aufschwingen, wenn man sonst noch der Ansicht ist, daß man zu einem einigermaßen annehmbaren wirtschaftlichen Frieden kommen will.“ Unter „Verschiedenes“ bringt der Vorsitzende einige Angelegenheiten aus den Betrieben Schwarzbürger Porzellanfabrik und Rich. Eckert zur Sprache. Eine Sammlung für ausgesteuerte Mitglieder soll vor Weihnachten stattfinden.

Literarisches.

Längst schon fehlte es in der sozialistischen wie in der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur an einem Werk, das aus den Marx-Engelschen Schriften die auf die gesellschaftliche Entwicklungslehre bezüglichen Äußerungen beider Autoren herauszählt, nach ihrem inneren Zusammenhange zusammenfaßt und sie unter Zurückführung auf bestimmte Grundideen zum Aufbau einer marxistischen Soziologie verwendet. In allernächster Zeit wird daher im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, ein zwei starke Oktavbände umfassendes Werk, betitelt: *Die Marx'sche Gesellschafts-, Weltanschauungs- und Staatstheorie*, Grundzüge der Marx'schen Soziologie, von Prof. Heinrich Cunow, der als Soziologen und Ethnologen bekannten Leiters der „Neuen Zeit“, erscheinen, das diesem Bedürfnis Rechnung trägt. Doch beschränkt sich Cunow nicht auf eine bloße Darstellung der Marx-Engelschen Lehren, er übt zugleich an verschiedenen ihrer Thesen und Hypothesen auf Grund neuerer ethnologischer und sozialhistorischer Forschungen strenge Kritik und gibt überdies eine gebrängte Uebersicht über jene älteren sozialphilosophischen Lehren, die mehr oder minder Bausteine zum Marx'schen Lehrgebäude geliefert haben.

Der erste Band des Cunowschen Werkes gelangt bereits im Laufe dieses Monats zur Ausgabe! Der erste Band bietet nach einem kurzen Rückblick auf die Staats- und Gesellschaftsideen des griechischen

Altertums eine gedrängte Uebersicht über die Entwicklung der neueren Gesellschafts- und Staatstheorie. Sodann weist der Verfasser die ideellen Zusammenhänge zwischen Hegel und Marx nach, betrachtet daraufhin in drei längeren Kapiteln die Marx-Engels'schen Anschauungen der Entwicklung von Gesellschaft und Staat. Der zweite Band welcher in einigen Monaten folgt, behandelt die Stellung von Marx und Engels zur Nationalitätenfrage und zum sogenannten Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die Massenkampftheorie, die Marx'sche Auffassung des Wirtschaftsprozesses als Lebensprozess der Gesellschaft, die geschichtliche Differenzierung der Gesellschaft, die vorstaatlichen Gemeinschaftsformen, die Marx'sche materialistische oder ökonomische Geschichtsauffassung, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Recht und das Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung. — Jeder Band wird nach dem Erscheinen gebunden zirka 60,— Mk. kosten; Subskribenten, die ihre Bestellung bis zum 1. November einreichen, erhalten den ersten Band gebunden für 50,— Mk. Bestellungen nimmt die örtliche Parteibuchhandlung oder der Verlag schon jetzt entgegen.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Althalbendsleben. Sonnabend, 13. November, abends 8 Uhr, bei Peters.
Annaburg. Sonnabend, 13. November, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ (Thielemann), großer Saal.
Arzberg. Sonnabend, 13. November, abends 1/8 Uhr, im Konsumsaal.
Berlin-Charlottenburg. Dienstag, 16. November, abends 7 Uhr, Schulaula, Dresdenerstr. 113, Zahlstellenversammlung. Vortrag über Betriebsrätekongress.
Freitag, 19. November, abends 6 Uhr, bei Wählich, Skalitzerstr. 22, für die Porzellanbranche. Lohnbücher mitbringen.
Kaufenhain. Sonnabend, den 13. November, 8 Uhr, bei Klein.
Bonn. Samstag, den 20. November, abends 6 Uhr, in der „Phönixhalle“, Kölnstr. 17.
Golditz. Sonnabend, 13. November, abends 1/8 Uhr, im „Schützenhaus“.
Elmhorn. Sonnabend, den 13. November, abends 8 Uhr, bei Hinrichs, Peterstr. 11.
Liegnitz. Donnerstag, 11. November, abends 7 Uhr, im „Stern“, Ritterstraße.
Mannheim-Käfertal. Sonnabend, den 13. November, abends 7 Uhr, im Restaurant „Reichskrone“, H 7, 24.
Münsterberg. Samstag, 13. November, abends 1/8 Uhr, Restaurant Lengenfelder, Querstraße.

Adressen-Änderungen.

Berlin-Charlottenburg. Kassierer und Geschäftsführer: Albert Schulze, Berlin SO. 26, Raunynstr. 85, part. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 10 303.
Kirchenlamitz (Oberfranken). Vorj.: August Kaufmann, ML. Schriftf.: Franz Schindler, Schmelter, Nr. 153. Kass.: Karl Ködel, ML. Nr. 148. Revij.: Paul Karges, ML. Nr. 190 b, und Johanna Göh, Glasurerin, Niederlamitz Nr. 16.
Berlin-Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß zum Lokalangestellten gewählt wurde der Kollege Albert Schulze. Alle Anfragen, Zuschriften, Geldsendungen sind zu richten an Albert Schulze, Berlin SO. 26, Raunynstr. 85, vorn part. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 10 303. Die Verwaltung.

Sterbetafel.

Bonn. Anton Kerseghen, Dreher, geboren am 20. März 1877, gestorben (freiwillig aus dem Leben geschieden) am 14. Oktober. Mitglied seit 1918.
Brattendorf. Conrad Rieger, Sortierer, geboren am 7. März 1860, gestorben am 23. Oktober an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.
Elmhorn. Margarethe Krohn, Brennhausarbeiterin, geboren am 10. Januar 1895 zu Heidgraben, gestorben am 22. Oktober an Diphtheritis. Mitglied seit Juli d. J.
Gräfenthal. Emil Büttner, Maler, geboren am 1. September 1852 in Lichte, gestorben am 14. Oktober in der Klinik zu Jena an den Folgen einer Operation. Mitglied seit 1919.
Kahla. Sophie Buchwald, Malerin, geboren am 22. August 1882 in Altrohlau (Böhmen), gestorben am 16. Oktober an Fieberkrankheit. Mitglied seit 1911.
Münna Klauke, Brennhausarbeiterin, geboren am 22. Februar 1886 in Kleinembach, gestorben am 24. Oktober an Unterleibsleiden. Mitglied seit 1919.
Rönitzsch. Johann Schöna, Dreher, geboren am 19. Januar 1867 zu Kollitz, gestorben am 28. Oktober an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.
Rebach. Friedrich Schöna, Gießer, geboren am 30. März 1872, gestorben am 29. Oktober an Asthma. Mitglied seit 1919.
Schöna. Marie Rindel, Druckerin, geboren am 18. Februar 1901 zu Schöna, gestorben am 18. Oktober an Bluthergiftung. Mitglied seit 1917.
Schöna. Franziska Schneider, geboren am 8. Oktober 1904 in Schöna, gestorben am 30. Oktober an Gehirn-entzündung. Mitglied seit Juni 1926.
Weiden. Wilhelm Rebiß, Maler, geboren am 2. April 1859 zu Riech (Böhmen), gestorben am 27. September an Herzschlag. Mitglied seit 1918.
Ehre ihrem Andenken!

Dank.

Allen Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Staffel für Sammlung und Franzspende aus Anlaß des Todes meiner Schwester Franziska Schneider sage ich hiermit allen auf diesem Wege mein aufrichtigsten Dank.
Zahlstelle Staffel. Josef Schneider

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Schreiner auf Apothekengefäße und Schieber jeder Art (auch Zeichner), auch etwas in Dekor und Stahlplattennähen bewandert, wünscht Dauerstellung im In- oder Ausland. Solche, wo Suchen auch auf Glaschilber sich einarbeiten kann, bevorzugt. Skizzen Diensten. Angeb. u. „A. K.“ an die „Ameise“ erbeten.

Buger und Maler für Gipsfiguren auf sofort gesucht.
H. Carli, Figurenfabrik, Cassel

Gewandter, zuverlässiger Backer für sofort gesucht.
Porzellan-Manufaktur „Union“, Edmund Quist, Kleinembach, S.

Tüchtiger Figurenmaler für sofort gesucht.
Tonini & Tabeni, Breslau, Berlinerstr. 18

Tüchtiger lediger Plattenstecher, der auch im Rändeln von Hotelgeschirr perfekt ist, per sofort gesucht.
Fritz Benjinger, Mannheim

Formengießer, unverheiratet, 20—25 Jahre alt, aus anständiger Familie, kann in ein kleines Industrie-geschäft einheiraten. Bevorzugt werden Bewerber aus Thüringen und vom Lande. Angebote sind zu richten an
Albert Eichhorn, Hönbach b. Sonneberg (Thüringen)

Tüchtiger Isolator- und Freidreher für Hochspannungsporzellan wird gesucht von Porzellanfabriken Norden N./Kopenhagen. Ledige Leute bevorzugt. Offerten mit Zeugnisabschrift an obengenannte Adresse erbeten.

Tüchtige Polychromeure
in dauernde Stellung gesucht.
A. Mori, Krefeld-Königshof 10

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Maschinen-Matrüchstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle **Goldabfälle**, wie **Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen** usw. zahle die **höchsten Preise**. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanggold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.
Bestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schnell und reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.**

—: **Bremer Qualitäts-Zigarren** :—
von hervorragender Güte, weiß brennend, inkl. Rabatt à Stück 62, 75, 80, 90 und 115 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalpackung — Nordh. Kautabak, gute, saftige Ware. — 10 R. oder Rn. 16 Mk. Universal-Versand **Hermesdorf (S.-A.).**

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind **Hütten** — Segeltuchohrteil, Lederohrteil u. Zwerchen. — Recht vorteilhaft kauft Sie außerdem **warme Schuhe u. Pantoffel** f. d. Straße u. Haus, **Leinwand**. Sämtl. Lederohrwaren in nur guten Qualit. billigst. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.
A. Meyer, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weiskammer (S.-A.).

Die neueste Verschlechterung des Marktfurche bedingt sofortigen Schwammekauf!

Offerierte hierdurch **Hymerca-Lebentiner Schwämme** zu 4 10, 15, 20 bis 40 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Draderei: **Hardheadschwämme**, runde Form, klein, 100 Stück 125 Mk. mittlere 100 Stück 550 Mk., mittlere **Hardheadschwämme**, flache Form gepreßt, das Pilo, 30 Stück enthaltend, 200 Mk.; für Steingutfabrik große, billige, weiche **Hymerca** 10 bis 15 Mk. pro Stück; große **Hardheadschwämme**, gepreßt, das Pilo, 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. Prima echte „Elephantenohr“, 700 Mk. pro Pilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Aufschicksendungen nicht möglich.
H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: **Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.**
Verlag: **Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.**
Druck von **Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.**